

PRESSE-INFORMATION



ÄRZTEKAMMER
HAMBURG

Körperschaft des öffentlichen Rechts

Für einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen

Schwangere nicht umverteilen!

Ärztchammerpräsident Prof. Dr. Frank Ulrich Montgomery zeigt sich erschüttert, dass erneut eine Frau ihr Kind verloren hat, nachdem sie von Hamburger Behörden von Hamburg aus in ein anderes Bundesland umverteilt werden sollte: „Es ist tragisch, dass das nun schon wieder passiert ist“. Nach einer Fehlgeburt, die eine risikoschwangere Frau aus Guinea nach ihrer Umverteilung von Hamburg nach Nordrhein-Westfalen erlitten hat, erneuert Montgomery seine Forderung nach einem menschlichen Umgang mit Flüchtlingen und kritisiert den Hamburger Senat. Bereits 2010 war eine Ghanaerin kurz vor Ende der Schwangerschaft zweimal von Hamburg aus in verschiedene Flüchtlingsheime in Mecklenburg-Vorpommern umverteilt worden und hatte ihr Kind tot zur Welt gebracht. Nach einer Intervention der Ärztekammer Hamburg hatte der damalige Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU) daraufhin entschieden, Schwangere im letzten Drittel der Schwangerschaft nicht mehr umzuverteilen. Innensenator Micheal Neumann (SPD) hatte diese Praxis 2011 wieder zurück genommen – was die Ärztekammer Hamburg in der Folge mehrfach kritisiert hat.

Montgomery fordert nun eine sorgfältige Aufklärung der Vorgänge. Sollte es sich bewahrheiten, dass die Behörde Kenntnis von dem ärztlichen Attest hatte, sei es ein Skandal, dass die Frau trotzdem auf die strapaziöse Reise geschickt worden sei. „Es ist tragisch, dass erst wieder etwas so Schreckliches passieren musste. Wir fordern Innensenator Neumann auf, seine Verschärfung im Umgang mit schwangeren Flüchtlingen endlich zu revidieren und zu der Praxis zurück zu kehren, die Frauen im letzten Drittel ihrer Schwangerschaft nicht mehr auf andere Bundesländer umzuverteilen. Risikoschwangere dürfen selbstverständlich auch in einem früheren Stadium nicht umverteilt werden. Schwangere benötigen der besonderen menschlichen und medizinischen Fürsorge.“

**Pressestelle
der Hamburger Ärzteschaft**

Telefon 040/ 20 22 99 200

Fax 040/ 20 22 99 400

presse@aekhh.de

Pressestelle der Ärztekammer Hamburg

Telefon: 040/ 20 22 99 200

verantwortlich: Sandra Wilsdorf / 26. Juni 2015